Geschichts- und Erinnerungstafel Sankt Andreasberg Zivil- und Zwangsarbeiter*innen

VOLKSBUND
Gemeinsam für den Frieden.

Sankt Andreasberg – ein vergessener Industriestandort

Heute kaum noch sichtbar, war Sankt Andreasberg wie der gesamte Oberharz ein von Bergbau und Hüttenwesen geprägter Industriestandort. Aber schon vor dem Ersten Weltkrieg stellten die Gruben und Hüttenwerke den Betrieb ein. Die brachliegenden Produktionsstätten einer neuen Nutzung zuzuführen gestaltete sich schwierig. Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 verschärfte sich die wirtschaftliche und politische Lage. Die NSDAP erhielt im April 1932 bei den letzten freien Wahlen zum preußischen Landtag in Sankt Andreasberg 44 % der Stimmen, während sie in Preußen im Durchschnitt nur auf 36,3 % kam.

Aufschwung durch die NS-Wirtschaftspolitik und Aufrüstung

Adolf Hitler wurde am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. Schon vier Tage später – am 3. Februar – erläuterte er den Generälen der Reichswehr die nationalsozialistischen Kriegspläne. Generalleutnant Liebmann vermerkte in seinem Protokoll: „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“ Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Vierjahresplan erarbeitet, der die deutsche Rüstungsindustrie wirtschaftlich unabhängig, autark, machen sollte.

Die nun einsetzende Aufrüstung kam auch Sankt Andreasberg als Wirtschaftsstandort zugute. Die bisherigen Nachteile wandelten sich zu Vorteilen: Freie Produktionsflächen, abgeschiedene, aus der Luft schwer zu erkennende Tallagen, verfügbare qualifizierte Arbeitskräfte und eine aus NS-Sicht politisch zuverlässige Bevölkerung machten Sankt Andreasberg zu einem idealen Standort für Rüstungsfabriken.

Der Zweite Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen. Das nationalsozialistische Deutschland eroberte fast ganz Europa. Am 22. Juni 1941 griff die Wehrmacht die Sowjetunion an. Alle Länder, die die Wehrmacht erobert hatte, dienten als Arbeitskräftereservoir für Deutschland. Ende 1944 waren etwa acht Millionen ausländische Arbeitskräfte im Reichsgebiet beschäftigt. Neben Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen bildeten Zivilisten aus den besetzten Ländern die größte Gruppe.

Als Anwerbeversuche für sogenannte „Fremdarbeiter“ oder „Zivilarbeiter“ kaum Erfolg hatten, wurden ganze Jahrgänge zur Arbeit zwangsverpflichtet und nicht selten mit Gewalt, zum Beispiel bei Straßenrazzien, nach Deutschland verschleppt. Sie arbeiteten in Rüstungsbetrieben, bei Infrastrukturprojekten, in der Land- und Forstwirtschaft oder auch in Handwerksbetrieben und privaten Haushalten.

Entsprechend der Rassenideologie der Nationalsozialisten wurde zwischen Menschen aus dem Osten und aus dem Westen unterschieden: Menschen aus Polen und der Sowjetunion galten als „slawische Untermenschen“ und wurden besonders schlecht behandelt. Sie mussten Kennzeichen auf ihrer Kleidung tragen: „P“ für Menschen aus Polen, „OST“ (Ostarbeiter) für Menschen aus der Sowjetunion.

Die Opfer in Sankt Andreasberg

Auf den Stelen sind 24 Tote verzeichnet. Es handelt sich um Zwangsarbeiter*innen überwiegend aus Osteuropa. Sie verstarben an Krankheiten wie zum Beispiel Tuberkulose, die durch Mangelernährung, unzureichende hygienische Bedingungen und mangelnde medizinische Versorgung entstehen. Die Toten wurden hier am Rande dieses Friedhofs bestattet.

Die Stelen nennen nicht alle Namen von Ausländer*innen, die nach Sankt Andreasberg verschleppt wurden und hier ihr Leben ließen. Das gilt auch für die Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die in Sankt Andreasberg starben. Es handelt sich um:

- Alexander Burdokow (6. Juli 1944–11. April 1945)
- Luba Lebedinska (25. Juli 1944–13. November 1944)
- Viktor Baturenko (21. Januar 1945–24. Januar 1945)
- ein Kind, dessen Namen nicht erfasst wurde, der Sohn von Anna Semenowa (22. September 1944–26. Oktober 1944)

Zwei von ihnen wurden nachweislich hier begraben. Die Gräber der Kinder von Zwangsarbeiterinnen sind erst 1966 den gesetzlich geschützten Kriegsgräbern gleichgestellt worden.

Titelblatt einer Sondernummer der Zeitschrift „Der Vierjahresplan – Zeitschrift für Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik“ aus dem Januar 1941.
Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin

Adolf Hitler schloss 1937 die Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans mit der Forderung:

„Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

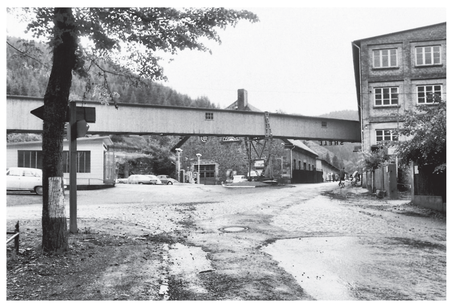
Quelle: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3.1955, S. 210

„Arbeit in Deutschland... ...Du wirst Dir ein glückliches Leben schaffen!“
Das deutsche Plakat wirbt in russischer Sprache für einen Arbeitseinsatz in Deutschland. Die abgebildeten guten Arbeitsbindungen und die Ausbildung in qualifizierten Berufen waren Täuschungen. Nichts davon fanden die angeworbenen Menschen in Deutschland vor.
Quelle: Bundesarchiv, Werbung für Fremdarbeiter, Plak 003-042-024

Rüstungsfabriken in Sankt Andreasberg

Töchterfirmen des Hoesch-Konzerns kauften ab 1934 Liegenschaften im Bereich der ehemaligen Silberhüte und im Sperrluttertal. 1936 begann die Produktion. Die Metallwerke Silberhütte GmbH stellte Infanteriemunition her, die Schmiedag Geschosshülsen für Artilleriemunition.

Die stetige Ausweitung der Produktion sorgte für einen immensen wirtschaftlichen Aufschwung und einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften. Er wurde zunächst durch Dienstverpflichtungen von Arbeitskräften aus dem damaligen Großdeutschen Reich und den angegliederten Gebieten gedeckt.



Das Foto aus den 1960er Jahren zeigt die Produktionsanlagen der Silberhütte. Hier arbeiteten die verstorbenen Zwangsarbeiter*innen. Die Gebäude wurden nach 1990 abgerissen.
Quelle: Jochen Klähn, Sankt Andreasberg

Zwangsarbeit in Sankt Andreasberg

Ab Juni 1942 begannen die Metallwerke Silberhütte und die Schmiedag „Ostarbeiter“ einzusetzen, überwiegend verschleppte Frauen und Männer aus Weißrussland und der Ukraine. Die Zwangsarbeiter*innen lebten im Ortsteil Silberhütte in einem bewachten Lager unter menschenunwürdigen Bedingungen: Mangelhafte Ernährung und unzureichende ärztliche Versorgung, dem Klima nicht angemessene Kleidung und große Enge in den Baracken, lange Arbeitszeiten und fehlende Maßnahmen der Arbeitssicherheit sowie körperliche Misshandlungen prägten ihr Leben. Neben der Arbeit in den Metallwerken wurden sie auch zur Arbeit in handwerklichen Betrieben, dem Städtischen Krankenhaus und Privathaushalten gezwungen.

Die Firma Leybold's Nachfahren setzte für die Produktion von Hochdruckpumpen für U-Boote und Steuerungsinstrumenten für Fernwaffen „Westarbeiter“ aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, aber auch Arbeitskräfte aus Italien ein. Sie waren in Privathaushalten oder beschlagnahmten Hotels untergebracht und wurden deutlich besser behandelt als Arbeitskräfte aus Osteuropa.

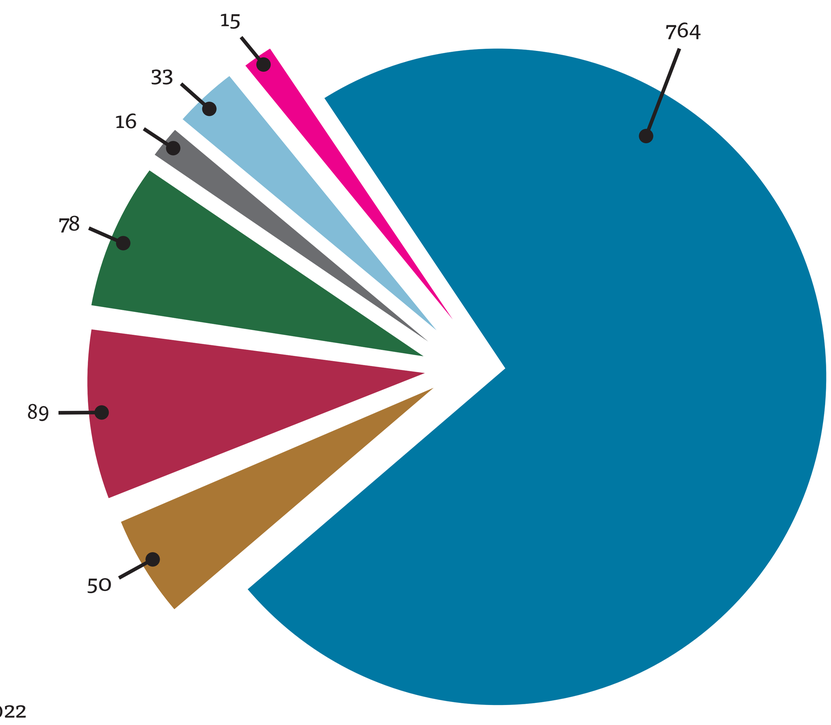
Sankt Andreasberg hatte vor dem Krieg etwa 3.300 Einwohner. Zwischen 1940 und 1945 waren mehr als 1.000 ausländische Arbeitskräfte in der Stadt anwesend, das heißt etwa 25 % der Menschen, die damals in Sankt Andreasberg lebten, waren Fremd- oder Zwangsarbeiter*innen.

Zivilarbeiter*innen waren ausländische Arbeitskräfte, die „freiwillig“ nach Deutschland kamen. Oft wurden sie mit falschen Versprechungen oder unter Druck angeworben.

Zwangsarbeiter*innen waren ausländische Arbeitskräfte, die nicht freiwillig nach Deutschland kamen. Sie wurden aus ihrem Land nach Deutschland verschleppt.

Anzahl der in Sankt Andreasberg eingesetzten Fremd- und Zwangsarbeiter*innen nach ihren Herkunftsländern

- Sowjetunion (764)
- Niederlande (50)
- Frankreich (89)
- Italien (78)
- Belgien (16)
- Polen (33)
- Andere Nationen (15): (Litauen 1, Jugoslawien 1, Luxemburg 1, Dänemark 1, „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ 5, Slowakei 6)



Sankt Andreasberg, Juni 2022

Diese Geschichts- und Erinnerungstafel ist ein Ergebnis eines Kooperationsprojektes der Martini-Gemeinde Stank Andreasberg mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Bezirksverband Braunschweig.

Sparkasse Hildesheim Goslar Peine

Für die finanzielle Unterstützung danken wir der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine.

Erinnern für die Zukunft – Arbeit für den Frieden

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist eine humanitäre Organisation. Er widmet sich hauptsächlich der Anlage und Pflege der Gräber von deutschen Kriegstoten im Ausland, betreut Angehörige in Fragen der Kriegsgräberfürsorge und unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge.

Als einziger Kriegsgräberdienst der Welt betreibt der Volksbund eine eigenständige Jugend-und Schularbeit. Ausgehend von den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt erfahren junge Menschen, dass Demokratie und Frieden keine Selbstverständlichkeit sind, sondern das Engagement jedes Einzelnen erfordern. Weitere Informationen unter www.volksbund-niedersachsen.de